



Wollen die Kommunalwirtschaft in Thüringen stärken: Vera Litzke (Arbeitsgemeinschaft für sparsame Energie- und Wasserverwendung), Reinhard Koch (Vorsitzender Verband der kommunalen Unternehmen Thüringen), Frank Kuschel (MdL, Die Linke), Hans-Joachim Reck (Hauptgeschäftsführer VKU), Manfred Scherer (Innenminister Thüringen) und Michael Brychcy (Präsident Gemeinde- und Städtebund Thüringen).
Foto: tlz/Peter Michaelis

Kommunalunternehmen für die Zukunft rüsten

Koch: Die Rahmenbedingungen müssen stimmen – Förderung ausbauen

■ Von Gerlinde Sommer

Erfurt. (tlz) Sie sorgen für Energie, Wasser und Umweltschutz, machen mehr als 1,4 Milliarden Umsatz und beschäftigen mehr als 1500 Mitarbeiter: Die kommunalen Unternehmen in Thüringen, die sich im Verband VKU zusammengeschlossen haben. Beim gestrigen Parlamentarischen Abend machten sie der Politik deutlich, wo es Handlungsbedarf gibt, damit die Kommunalunternehmen für die Zukunft gerüstet sind. Verbandschef Reinhard Koch sieht „eine Renaissance der kommunalen Wirtschaft“ auch als Lehre aus der Finanzkrise. Es müsse, erklärte er bei der von der TLZ moderierten Veranstaltung, jetzt

auch gefragt werden: „Wie zielführend ist die Liberalisierung?“ Gerade in Bereichen der Daseinsvorsorge sieht Koch durchaus eine Verpflichtung, nicht allein auf die Gesetze des Geldmarktes zu vertrauen. Mit Blick etwa auf den Erhalt der Netze rät er zu Vor- und Weit-sicht und appelliert an die Verantwortung für die regionalen Infrastrukturen.

Derzeit sind sich hier Politikerinnen und Politiker weitgehend einig, so dass Christian Carius (CDU), Heike Taubert (SPD) und Frank Kuschel (Linke) bei der Frage nach den zukünftigen Anforderungen an die Kommunalwirtschaft in Thüringen nur in Details stritten. Gemeinsam sagten sie auch einen Termin

bei den Stadtwerken Erfurt zu, nachdem aus den Reihen der Tagungsteilnehmer aufgezeigt worden war, dass politisches Handeln bei der steuerlichen Entlastung nötig sei.

Den Stadtwerken ist generell wichtig, Gewinne und neue Geschäftsfelder zu generieren. Strittig unter den Politikern war die Frage, wie sinnvoll Sozialtarife seien – nur Frank Kuschel war eindeutig dafür, dass bei den Tarifen auch differenziert werden darf. Er lobte, dass Gewinne aus kommunalen Unternehmen in den Gemeinden auch zur sozialen Gerechtigkeit beitragen können, wenn damit etwa der Eintritt in Schwimmbäder niedrig gehalten werden kann.

Der Verband der Kommu-

nalen Unternehmen fordert eine passende Gestaltung der Rahmenbedingungen, damit die wirtschaftliche Betätigung nicht eingeschränkt wird. So sei etwa bei Förderprogrammen darauf zu achten, dass Stadtwerke beispielsweise bei der Investition in erneuerbare Energien nicht schlechter behandelt würden, erläuterte Koch. Aufpassen müsse der Staat auch, dass neue Förderungen nicht dazu führe, dass etwa im Bereich der Fernwärmenetze Nachteile entstehen.

Wichtig ist aus Sicht des VKU die Energieeffizienz als Geschäftsfeld der Stadtwerke, wie Vera Litzka als Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft für sparsame Energie- und Wasserverwendung (ASEW) ausführte.